



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

11.06.02

Hansa-Tower: Interessenkollision muss aufgeklärt werden

Presseerklärung

Die Berichterstattung im Vorfeld der Planungen zum sogenannten Hansa-Tower macht aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine vollständige Aufklärung und eine politische Bewertung der Vorgänge erforderlich.

Selbst unter der Annahme, dass formalrechtlich keine der beteiligten Personen in unrechtmäßiger Weise Vorteile aus politischen Funktionen gezogen hat, so ist die öffentliche Wirkung der Verquickung von wirtschaftlichen Interessen und politischen Funktionen verheerend. Der Eindruck von Filz- und Vetternwirtschaft drängt sich zwangsläufig auf. Verantwortlich sind dafür allein die Akteure, die die Planungen ohne Rücksicht auf diese Wirkung betrieben haben. Inwieweit die eigenen Parteifreunde informiert waren oder im Regen stehen gelassen wurden, sei dahingestellt. Eine in diesem Zusammenhang zu klärende Frage ist, ob das Mitwirkungsverbot in den politischen Gremien von allen Beteiligten berücksichtigt worden ist und inwieweit Beschlüsse insofern als nichtig zu erklären sind.

Dazu stellt Mario Krüger als Fraktionssprecher fest: „Es ist unglaublich, in welcher ignoranter Weise politische Mandatsträger und SPD-Genossen ungeniert ihre Huckarder Projekte betreiben und den Eindruck erwecken, sie befänden sich in einem Selbstbedienungsladen. In ausgiebigen Diskussionen um Korruptionsprävention wurde ausdrücklich auch von Mandatsträgern verlangt, jeglichen Verdacht der Interessenverquickung zu vermeiden und sensibel zu agieren, wenn es um geschäftliche Interessen geht. Sensibel heißt in diesem Fall nicht, die Namen der Investoren möglichst lang zu verheimlichen, sondern im Gegenteil früh offen zu legen und so den Verdacht der Mausehelei gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das Gerangel um den Hansa-Tower fördert Politikverdrossenheit. Selbst wenn in diesem Fall noch gerade die Notbremse gezogen wurde, ist der Schaden letztlich nicht wieder gut zu machen. Schadensbegrenzung kann unseres Erachtens noch dadurch stattfinden, dass die Vorgänge im nachhinein transparent gemacht und kritisch von Politik und Verwaltung bewertet werden. Dazu dient unsere Bitte an den Oberbürgermeister, aus Sicht der Verwaltung Stellung zu beziehen.“